



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

05.03.2010



***Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,***

diese Sitzungswoche war vor allem durch arbeitsmarktpolitische Themen geprägt. So fand zunächst eine sehr interessante

**Anhörung zur
Altersteilzeit** statt,
in der zahlreiche

Sachverständige und Vertreter der Bundesagentur für Arbeit die bisherigen Erfahrungen bei Inanspruchnahme von Altersteilzeit aus ihrer jeweiligen Sicht beurteilten. Im weiteren Verlauf der Woche standen die Debatten im Bundestag zum gesetzlichen **Mindestlohn** und der **Entwicklung des Niedriglohnssektors** im Vordergrund.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Ein ehrlicher Umgang in der Afghanistan-Frage ist notwendig

Zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Unterbezirk Oberhavel hatte ich am Montag dieser Woche zu einem Diskussionsabend nach Oranienburg eingeladen. Anlass war die Abstimmung im Bundestag zur Verlängerung des ISAF-Mandats für Afghanistan um 12 Monate. Thomas Günther und ich führten in das Thema ein und wiesen auf das bereits Erreichte hin. Dr. Hans-Peter Bartels, Mitglied im Verteidigungsausschuss und stellvertretender verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, berichtete als ausgewiesener Afghanistankenner über die Situation vor Ort. Seine Einschätzung der Lage nach dreimaligem Besuch Afghanistans hat mich sehr beeindruckt. Es schloss sich eine lebhaftige Diskussion zu der schwierigen Frage **„Wie weiter in Afghanistan“** an. Dass das Thema auch bei uns sehr differenziert gesehen wird, finde ich wichtig, spiegelt das doch die unterschiedlichen Positio-

nen auch in der Bevölkerung wieder. Einfache Lösungen gibt es nicht! Aus meiner Sicht ist es unverantwortlich, wenn sich Deutschland Hals über Kopf aus Afghanistan zurückziehen würde.

Allerdings muss es eine klare Zielsetzung für den weiteren Verbleib unserer Soldaten geben, die lautet:

- ein größeres Engagement beim zivilen Aufbau
- noch intensivere Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte
- eine konkrete zeitliche Perspektive zur Beendigung des Einsatzes 2013-2015.

Dieser **Strategiewechsel** ist bereits eingeleitet und wird in den kommenden 12 Monaten umgesetzt werden. Deshalb konnte ich der Verlängerung des Mandats auch zustimmen. Ich werde die Entwicklung in jedem Fall aufmerksam begleiten und mich vielleicht sogar vor Ort davon überzeugen können, ob der eingeleitete Weg beschritten wird.

- | |
|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Ein ehrlicher Umgang in der Afghanistan-Frage ist notwendig 2. Aus dem Ausschuss Arbeit und Soziales 3. Gute Nachrichten für die kleinen Kinos 4. Termine |
|---|



AKL mit Dr. Hans-Peter Bartels (l.) und UB-Vorsitzenden Thomas Günther

2. Aus dem Ausschuss für Arbeit und Soziales

Nachdem wir die letzten Wochen ganz aufgeregt und aufgerüttelt – manche sogar äußerst kopflos – über Hartz IV und soziale Gerechtigkeit debattiert haben, ist nun eine weitere Gruppe in den Fokus der öffentlichen Diskussion gekommen – **die Geringverdienenden**. Die Grünen hatten den Antrag „Mehr Netto für Geringverdienende“ in den Bundes-



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

05.03.2010



tag eingebracht. Laut einer Studie des IAQ der Uni Essen, lebt mittlerweile jeder Fünfte abhängig Beschäftigte vom Niedriglohn. Viele der Niedriglöhner bekommen zusätzlich noch Grundsicherungsleistungen, damit es zum Leben reicht. Das ist eine Entwicklung, die wir nicht ignorieren dürfen. Auch diese Bundesregierung nicht. Die Menschen müssen von ihrem Lohn leben können. Deswegen ist der gesetzliche Mindestlohn eine unabweisbare Maßnahme. Da sind wir uns mit den Grünen einig. Einig sind wir uns auch, dass Bildung und Qualifizierung weitere wichtige Schritte sind auf dem Weg aus der Hilfebedürftigkeit. Langzeitarbeitslose brauchen Perspektiven. Doch was macht diese Bundesregierung? In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses sperrten Union und FDP erst mal 900 Mio. € für die Arbeitsförderung. Dieses Vorgehen spiegelt die ganze **Scheinheiligkeit der schwarz-gelben Regierung** wider. Westerwelle und Co. fordern niedrigere Regelsätze und schärfere Sanktionen für Langzeitarbeitslose und bezeichnen sie als Arbeitsverweigerer und Sozialschmarotzer. Die Idee, kürzt die Leistung und verhängt genug Strafen, dann gehen die Leute schon arbeiten, ist absurd. Und sie wird noch absurder, wenn gleichzeitig mit dieser unsinnigen Haushaltssperre die notwendigen Gelder entzogen werden, um Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie eine vernünftige Betreuung der Langzeitarbeitslosen zu gewährleisten.

Was nun tun, um wirklich mehr Netto für Geringverdiener zu haben? Die Lösung der Grünen ist ihr Progressiv-Modell. Das sieht vor, dass bei einem Einkommen von 0 bis 2000 € die Sozialversicherungsbeiträge – ähnlich wie bei der Steuer – progressiv ansteigen. Damit aber auch im unteren Einkommensbereich ausreichend SV-Beiträge gezahlt werden, sollen diese durch Steuergelder aufgestockt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden so von den Sozialabgaben erleichtert. Ich halte das für die falsche Lösung. Denn Arbeitgeber haben durch den Zuschuss keinen Anreiz auf geringfügig Beschäf-

tigte und Niedriglöhner zu verzichten. Denn die Logik ist, je niedriger der Lohn, desto größer der Zuschuss. Die SPD favorisiert weiterhin das Modell „Bonus für Arbeit“, wo nur der Arbeitnehmer über einen Zuschuss unterstützt wird. Wir werden zum Thema Neuordnung des Niedriglohnsektors in der AG Arbeit und Soziales einen Workshop machen und nach machbaren Lösungen suchen.

3. Gute Nachrichten für die kleinen Kinos

Der **Haushaltsausschuss** hat gestern beschlossen, für die digitale Umrüstung der Kinos in Deutschland in einem ersten Schritt **4 Mio. €** bereitzustellen. Auch in den kommenden Jahren soll es für diesen Zweck Geld vom Bund geben. Ich persönlich hatte mich dafür eingesetzt (siehe BaB vom 28.01.2010). Die SPD-Fraktion hatte einen Betrag von **7 Mio. €** gefordert, was aber von den Regierungsfractionen abgelehnt wurde. Dennoch bin ich zufrieden mit diesem ersten Schritt. Jetzt sind die **Länder** und die **Filmwirtschaft**, vor allem die Verleiher und die Kinobetriebe selber gefordert, ihre Finanzierungsanteile zu leisten. Denn die gewaltige Aufgabe der Digitalisierung ist nur als **Gemeinschaftsaufgabe** zu leisten. Rund 1.700 Leinwände sind auf Unterstützung angewiesen. Pro Saal fallen rund 70.000 € Kosten an. Unser erklärtes Ziel ist es, **die kleinen Kinos im Verdrängungswettbewerb mit den großen Kino-Ketten zu schützen**. Denn als fester Bestandteil der kommunalen kulturellen Infrastruktur bietet Kino ein wichtiges Stück Lebensqualität. Als Orte der Begegnung beleben die Kinos die Innenstädte und Ortszentren. Und im ländlichen Raum sind Kinos unverzichtbare Angebote der kulturellen Grundversorgung.

4. Termine

Montag, 15. März 2010

10.00 Uhr Gespräch mit Nauens Bürgermeister Detlef Fleischmann zum Kinderfilmfest

13.00 Uhr Kommunalpolitische Konferenz im Deutschen Bundestag mit Vertretern aus dem Wahlkreis

Donnerstag, 18. März 2010

15.30 Uhr Gespräch mit der Bürgerinitiative A 10